

PROGRaMM

Kommunalpolitische Bausteine 2024



**DIE
aNDERE**

Eine
andere Stadt
ist nötig!

- 04** **Einleitung**
- 06** **Stadtentwicklung**
Die Stadt ist kein Museum!
- 09** **Wohnen**
Mieten sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit
- 16** **Kita und Schule**
Gleiche Bildungschancen für alle Kinder
- 21** **Umwelt- und Klimaschutz**
Eine Frage der (Generationen-)Gerechtigkeit
- 26** **Mobilität**
Mehr als Straßen- oder Nahverkehr
- 30** **Sport**
Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport
- 33** **Kultur**
Mehr als Schlösser und touristische Events
- 37** **Demokratie**
Direkte Beteiligung und Mitsprache
- 42** **Soziales**
Teilhabe, Integration und Gewaltfreiheit

Einleitung

Potsdam hat die höchsten Pro-Kopf-Einkommen, aber auch die höchsten Lebenshaltungskosten im Land Brandenburg. Nirgendwo ist die Pro-Kopf-Kaufkraft so gering wie in der Landeshauptstadt. Die Schere zwischen Reich und Arm geht immer weiter auf. Rot-grün geführte Dreier-Regierungen auf Bundes-, Landes- und Stadtebene haben daran nichts geändert. Es nützt den Menschen, die hier leben auch nichts, dass Potsdam im nationalen Städteranking der Wirtschaftslobby auf Platz 20 liegt. Schnelleres Wachstum ist kein Beleg für eine positive Entwicklung einer Stadt als Lebensraum für alle.

DIE aNDERE ist die einzige politische Kraft in der Stadt, die die derzeitige Richtung der Stadtentwicklung grundsätzlich in Frage stellt. Dem eklatanten Mangel der Rathauspitze an Phantasie und Gestaltungswillen setzen wir klare und alternative Konzepte entgegen. Die Prioritäten müssen neu gesetzt werden. Fehlentwicklungen müssen gestoppt werden und Potsdam muss neue Wege gehen.

In den letzten Jahren hat die Rathauskooperation in riesigem Umfang städtische Flächen, Betriebe, Grünflächen, Wege und sogar Gedenkstätten privatisiert. Das hat die Stadt als Kapitalanlage und Spekulationsobjekt attraktiv gemacht. Die Privatisierung von Immobilien in Potsdam ist vor dem Hintergrund der überragenden sozialen Bedeutung bezahlbaren Wohn- und Lebensraums in einer wachsenden Großstadt verantwortungslos. Privatisierte Wohnungen werden morgen diejenigen bewohnen oder vermieten, die es sich heute leisten können, Grundstücke zu erwerben und Häuser zu errichten. Die weitere Gentrifizierung ist die vorhersehbare Folge. Durch die Politik der Rathauskooperation wurde der öffentliche Sektor geschwächt und die Stadtgesellschaft enteignet.

Die Politik der schonungslosen Verwertung der letzten verfügbaren Baulücken hat ein stadterträgliches Maß bereits überschritten. Mit der weiteren Verdichtung der Innenstadt durch Luxuswohnungen und touristische Infrastruktur gehen Flächen für Schulen, Kitas, Sportplätze, Freizeit- und Kultureinrichtungen verloren. Die Stadtmitte verliert ihre letzten öffentlichen Räume und ihre Funktion als gesellschaftlicher Mittelpunkt.

Das als bloßes Vollstopfen der Stadt betriebene Wachstum führt zu enormen Grünverlusten und Verkehrsproblemen. Viele Bereiche der Stadt ersticken im Autoverkehr. Potsdam verliert immer mehr Erholungsflächen und Stadtgrün.

Ähnlich wie ihr Vorgänger betreibt auch die Rathauskooperation aus SPD, Grünen und LINKEN Stadtentwicklung mit Scheuklappen und Abrissbirne. Statt existierende und funktionierende Gebäude weiterzuentwickeln versucht sie, die moderne Welt in historische Fassaden zu zwängen. Authentische Geschichte wird beseitigt und durch die naive Version einer idealisierten Vergangenheit ersetzt. Mit einem „Weiter so!“ driftet Potsdam immer mehr in Richtung Schickimicki-Barockmuseum: bezaubernd für eine Hand voll Preußenfans, aber für die meisten eine unbezahlbare, soziale und kulturelle Einöde.

Prestige- und Repräsentationsprojekte haben stets den geldreichen Segen von OB und Rathauskooperation. Alternativkultur, Breitensport sowie Stadtteil- und Sozialprojekte kämpfen dagegen jährlich um Räume und Fördermittel.

Diese Entwicklungen sind kein Naturgesetz, sondern logische und beabsichtigte Ergebnisse einer Klientelpolitik von Oberbürgermeister und Rathauskooperation. Wenn in Babelsberg Sportplätze beseitigt werden oder in der Waldstadt und im Zentrum Ost Wald für Bauland gerodet wird, dann ist das vorher beschlossen worden. Wenn im Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ öffentliche Grundstücke an private Investoren verhökert werden, dann wurde vorher darüber abgestimmt. Wenn die ProPotsdam als städtischer Betrieb Grundstücke verkauft und Wohnungen teuer saniert, dann geschieht das nach den Vorstellungen der Geschäftsführung, des Oberbürgermeisters und des Aufsichtsrates.

Mit der rigorosen Politik des Abrisses und des Ausverkaufs ist auch die Blockade echter Bürger*innenbeteiligung verbunden. Durch undemokratische Ignoranz und schäbige Trickereien hat es die Rathauspitze bis heute geschafft, ein Bürger*innenvotum zu den zentralen Projekten der Stadtentwicklung zu verhindern.

DIE aNDERE begnügt sich nicht mit einer sozialen Abpufferung dieser grundsätzlich falschen Entwicklung. Wir setzen uns in der Stadtverordnetenversammlung, in den kommenden Wahlkämpfen, aber auch außerparlamentarisch und gemeinsam mit anderen für einen Bruch mit diesen Fehlentwicklungen ein.

Kämpfen Sie mit uns für eine Neuausrichtung der Stadtentwicklung!

**Eine andere Stadt ist möglich —
EINE ANDERE STADT IST NÖTIG!**

Stadtentwicklung

Die Stadt ist kein Museum!

Der Umbau der Potsdamer Mitte ist durch Abrisse, Privatisierung, Rekonstruktion und hochpreisigen Neubau geprägt. Auf diese Weise wird öffentliches Eigentum vernichtet.

Mit der Errichtung einer Kopie der Garnisonkirche wird zudem öffentliche Gedenkkultur privatisiert. Der rigorose Abriss von Gebäuden der Nachkriegsmoderne und die Errichtung von Kopien früherer Bauten tilgen nicht nur die jüngere Geschichte der Stadt, sie revidieren diese auch zu Gunsten einer konservativen Kulissenstadt. Eine lebendige Stadt benötigt in ihrem Zentrum neben bezahlbarem Wohnraum dauerhaft Räume für Bildung, Innovation, Kreativität und Präsentation sowie für gesellschaftliches Miteinander. Im Zentrum der Stadtentwicklung sollen nicht historische Grundrisse, Fassaden und touristische Attraktionen stehen, sondern die sozialen und gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Entwicklung.

In der Potsdamer Stadtmitte sollen sich alle Bevölkerungsschichten vertreten und repräsentiert fühlen. Nicht die Privatisierung zu Gunsten einiger, sondern die Partizipation vieler Potsdamer*innen an ihrer Stadtmitte muss zum Kerngedanken der Stadtentwicklung werden.

Der historisch relevante Ort der Potsdamer Garnisonkirche gehört nicht in die Hand einer kirchlichen Stiftung, die sich der öffentlichen Kontrolle und Mitsprache entzieht. Es darf durch ergänzende Bauten an der Plantage keine Legitimierung des geschichtsrevisionistischen Turmbaus erfolgen.

DIE aNDERE setzt sich für eine lebendige Stadt ein, in der alle baugeschichtlichen Epochen auch in der Innenstadt erkennbar sind. Vorhandene Bausubstanz mit öffentlichem Geld aus ideologischen Gründen und entlang engstirniger ästhetischer Ideen abzureißen, ist ökologischer und gesellschaftlicher Irrsinn.

Mit dem Abriss der Fachhochschule ging öffentlicher Raum zu Gunsten privater Interessen verloren. Nur durch den Widerstand der Bürger*innen, vor allem der Initiativen „Potsdamer Mitte neu denken“ und „Stadt für alle“, konnte der Verkauf der Flächen zu Höchstpreisen verhindert werden.

Auch beim „Kreativ Quartier“ hat die Stadt das Grundstück zu Sonderkonditionen verkauft — ohne rechtssichere Absicherungen für eine preisgünstige Nutzung eines Teiles der Räume und ohne echte Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Nutzer*innenschaft. Selbst der angekündigte „gestützte“ Mietpreis von 9 Euro Kaltmiete entpuppt sich derzeit als unhaltbar. Im Gespräch ist mindestens das Doppelte und zwar als Indexmiete, die sich regelmäßig erhöhen lässt.

WIR FORDERN

- Kein weiterer Ausverkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude
- Sicherung dauerhafter Sozialmieten bei öffentlichen Wohnbauprojekten und Deckelung von Gewerbemieten in diesen Objekten
- Kein Abriss des Mercure-Hotels, verbindliche Aufhebung des Abrissbeschlusses
- Kein Abriss des Rechenzentrums, sondern Sanierung und Entwicklung
- Kein Geld für die Stiftung Garnisonkirche und kein Haus der Demokratie auf städtische Kosten als Ersatz für ein Kirchenschiff
- Kein „Kreativ Quartier“ als Luxusviertel und Anlageobjekt
- Stopp des Staudenhof-Abrisses, Sanierung als Begegnungsstätte und Wohnhaus auch für Geflüchtete

Freiräume statt Bauwahn

In den letzten Jahren wurden die Stadtteile baulich massiv verdichtet. An vielen Ecken der Stadt werden im Flächennutzungsplan festgesetzte Wälder und Grünflächen plötzlich zu Bauland. Die Stadt wird immer enger und verliert immer mehr ihre Qualität als grüne Stadt am Wasser.

Wir lehnen es ab, vorhandene Baulücken und Grünflächen zu bebauen, wenn dadurch Flächen für Schulen, Kitas, Sportplätze, Freizeit- und Kultureinrichtungen verlorengehen. Mehr Wohnbebauung entlastet nicht automatisch den Wohnungsmarkt. Die Realität zeigt, dass am Bedarf vorbei gebaute Luxuswohnungen die Mieten nicht senken und den Wohnungsmangel nicht verkleinern. Im Gegenteil: neue teure Wohnungen erhöhen schon mittelfristig den Mietspiegel und verschärfen die Preistreiberei.

Die Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen wird allzu oft mit Zahlenspielerien an der Realität vorbei von der Verwaltung entschieden. Stattdessen sollen die Bürger*innen vor Ort selbst bestimmen, welche Grün- und Erholungsflächen sie nutzen und sichern wollen!

Wir wollen die Politik des Bauwahns stoppen und setzen uns für eine Stadt mit vielen Freiräumen und genügend sozialen und kulturellen Einrichtungen ein:

- Freier Eintritt in alle Schlossparks und den Volkspark
- Keine weiteren Baumfällungen am Havelufer im Zentrum Ost
- Keine weitere Ausweisung von Grünflächen und ertragreichen Äckern als Bauland
- Mehr Platz für Grün, Sport, Kultur und Erholung sichern
- Zusätzliche öffentliche Badestellen in Potsdam West und den nördlichen Ortsteilen
- Bürger*innenbeteiligung bei der Freiraumsicherung statt Zahlenspielerien der Verwaltung

Lebendige Ortsteile

In den eingemeindeten Ortsteilen besteht berechtigterweise der Eindruck, in erster Linie als Flächenreserve für Wohnungsbau und Energiegewinnung betrachtet zu werden. DIE aNDERE setzt sich für eine Stadtentwicklung mit Augenmaß und einen fairen Interessenausgleich ein.

Wohngebiete dürfen nicht als Anhängsel der Ortsteile geplant werden. Die dörflichen Strukturen der Ortsteile und die sie umgebende Kulturlandschaft müssen als Lebens-, Erholungs- und Naturraum erhalten bleiben. Ein mögliches Wachstum der Ortsteile muss gemeinsam mit den Ortsbeiräten entwickelt werden (insbesondere in Form einer Rahmenplanung). Die Einwohner*innen sind frühzeitig in alle Planungen einzubeziehen.

Das Angebot an wohnortnahen Versorgungseinrichtungen sowie das Radwege- und ÖPNV-Netz müssen verbessert werden. Der Potsdamer Norden benötigt dringend weiterführende Schulen und mehr wettkampftaugliche Sportanlagen (im Bornstedter Feld, in Groß Glienicke, Fahrland und Krampnitz).

- Schutz der dörflichen Strukturen und der Kulturlandschaft
- Beteiligung der Bevölkerung vor Ort bei Entscheidungen der Bauentwicklung
- Integration der neuen Wohnbebauung in die gewachsenen Ortsstrukturen
- Kein planloses Bauen auf der grünen Wiese ohne Versorgungseinrichtungen, soziale und kulturelle Infrastruktur sowie klimaschonende Mobilitätsangebote

Wohnen

Mieten sind eine Frage von sozialer Gerechtigkeit

„Bauen, bauen, bauen!“ hilft nicht und schafft zusätzliche Probleme

Immer mehr Menschen, auch mit durchschnittlichem Einkommen, können sich keine Mietwohnungen in Potsdam mehr leisten. Viele Potsdamer*innen müssen längst mehr als ein Drittel ihres Einkommens in die Miete stecken.

In den vergangenen Jahrzehnten verfolgte die Stadt eine Wohnungspolitik, die sich vor allem auf den kostspieligen Neubau von Wohnungen fokussierte. Dabei wurden Ressourcen der Stadt und der kommunalen ProPotsdam auch in die Erschließung und den Bau von Quartieren mit hohem Mietniveau gesteckt. Die für die ProPotsdam defizitäre Erschließung der Speicherstadt ist das prominenteste Beispiel.

Bezahlbares Wohnen macht man im Bestand

Alte Mietverträge bieten etwas Schutz vor der Preistreiberei durch Mieterhöhungen anhand des Mietspiegels und der ortsüblichen Vergleichsmiete. Das allerdings führt zu einer geringen Fluktuation. Umzugswillige Bestandsmietparteien ziehen aus ihrer zu groß gewordenen Wohnung nicht mehr aus, da eine kleinere Wohnung — wenn verfügbar — teurer oder zumindest nicht preiswerter ist als die alte Wohnung. Große Wohnungen werden deshalb selten frei und von kleinen Haushaltsgemeinschaften — etwa den in der Wohnung verbleibenden Eltern nach Auszug ihrer Kinder — weiter bewohnt.

Hier zeigt sich das Unvermögen der Stadtverwaltung, auf die aktuelle Lage am Wohnungsmarkt zu reagieren und ihre wohnungspolitischen Instrumente den Gegebenheiten anzupassen. Umzugsketten setzt eine Kommune nur dann in Gang, wenn sie auszugswilligen Mietparteien zum Umzug von einer bezahlbaren Wohnung in eine andere bezahlbare Wohnung verhilft. Tatsächlich werden bei Neuvermietung jedoch erhebliche Zuschläge aufgerufen, obschon sich die Qualität des Mietobjektes durch den Wechsel des Mieters kaum verändert. Wer diese Logik nicht durchbricht bzw. nur mit kosmetischen Anreizen versucht, Umzüge zu stimulieren, muss scheitern.

Steigende Bestandsmieten folgen keinem Naturgesetz. Die Stadt muss diejenigen mit günstigem Wohnraum versorgen, die nicht jeden Mietpreis auf dem Wohnungsmarkt bezahlen und sich nicht mit Wohneigentum versorgen können. An dieser Aufgabe haben sich alle Zielvorgaben und Unternehmensziele der städtischen Wohnungsgesellschaft ProPotsdam zu orientieren.

Gleichzeitig muss die Bundespolitik eine Neuordnung des sozialen Wohnungsbaus und der Lastenverteilung bei Modernisierungen zwischen Staat, Vermieter*innen und Mieter*innen herbeiführen, damit auch Klimaschutz mit Sozialverträglichkeit gekoppelt wird.

Konzentration auf das Kerngeschäft

Die städtische ProPotsdam wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch die Rathauskooperationen dazu zweckentfremdet, den ideologisch motivierten Stadtumbau voranzutreiben und insbesondere die Umgestaltung der Mitte zu finanzieren. Teilweise wurden öffentliche Mittel sogar für den Abriss von günstigen Wohnungen in bester Lage verwendet. Gegenüber der Öffentlichkeit werden dabei Wirtschaftlichkeitserwägungen und Variantenvergleiche tendenziös bzw. falsch dargestellt.

Beispiel Rechenricks beim Staudenhof

Beim Staudenhof errechnete die ProPotsdam Ende 2020 für die Variante „Abriss des Staudenhofs und Neubau“ Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro. Die Variante „komplexe Sanierung“ wurde mit nur 18 Millionen Euro veranschlagt. Abriss und Neubau wurden dennoch als die kostengünstigere Alternative dargestellt, da die ProPotsdam für die Realisierung ca. 25 Millionen Darlehen und Zuschüsse von KfW und ILB (also Steuergelder) beanspruchen könne, während die Sanierung mit einer Finanzierungslücke von ca. 1,5 Millionen Euro dargestellt wurde, welche die Stadt im Sinne eines echten kommunalen Beitrags zum Klimaschutz aber nicht füllen wollte. Zudem verwies die städtische Wohnungsgesellschaft darauf, dass im Neubau etwas mehr Fläche für Wohnraum und Gewerbe zur Verfügung stünde.

Die Stadtverordneten weigerten sich allerdings, die mehrfach von DIE aNDERE vorgestellte Variante „Sanierung Bestandsgebäude plus Ergänzungsbau“ auch nur durchzurechnen. Ebenfalls nicht einmal nachgerechnet wurde die Möglichkeit, einen sanierten Staudenhof als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Stattdessen setzt man bei der Stadt aktuell auf eine kostenintensive Containerunterkunft am Stadtrand, für die das Oberverwaltungsgericht inzwischen den Baustopp bestätigt hat.

Einige der Rechenricks sind auch für Menschen ohne betriebswirtschaftliches Wissen leicht durchschaubar. Während man bei der Sanierungsvariante die erheblichen Mietüberschüsse unberücksichtigt lässt, die durch jahrelang unterlassene Reparaturarbeiten am Staudenhof aufgelaufen sind, wird auf der anderen Seite der Gleichung der selbst herbeigeführte Sanierungstau am Gebäude als Unkostenfaktor eingepreist.

Völlig außer Acht ließ die ProPotsdam in ihrem Variantenvergleich die Tatsache, dass bei einem Abriss des Gebäudes bis 2027 keinerlei Mieteinnahmen entstehen, da die Fläche zunächst nur als Baulogistikfläche genutzt werden soll. Bei einer Sanierung entstünde ein solcher Mietausfall von mindestens fünf Jahren nicht.

Kommunalen Wohnungsbestand erhalten und wohnungspolitisches Konzept umsetzen

Die Stadt hat in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten viele Wohnungen an private Dritte verkauft und städtisches Tafelsilber verscherbelt.

Die ProPotsdam verfügte im Jahr 2000 noch über 21.000 Wohneinheiten, im Jahr 2005 waren es noch immer 18.500 (inklusive Restitutionsbestand). Heute sind es rund 18.000. Der Verkauf von Wohnhäusern erfolgte fast immer zum Höchstgebot statt entlang von mieterorientierten Konzepten. Dabei wurden die Vorgaben des wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt von 2015 immer wieder ignoriert bzw. uminterpretiert. Ob die betroffenen Mieter*innen nach der folgenden Modernisierung noch in ihren Wohnungen bleiben konnten oder aufgrund des Mangels an bezahlbaren Alternativen sogar wegziehen mussten, war zweitrangig.

Ab 2024 plant die ProPotsdam den neuerlichen Verkauf von Wohnhäusern in der Innenstadt und in Babelsberg. Aus der jahrzehntelangen Verdrängung von Menschen (durch den Verkauf von Wohnhäusern an private Interessent*innen) hat die Geschäftsführung der ProPotsdam keine sozialadäquaten Schlussfolgerungen gezogen.

Das 2023/24 aktualisierte wohnungspolitische Konzept der Stadt fordert von der ProPotsdam, eine Quote von 20 % aller Wohnimmobilien in ihrem Bestand zu halten. Mit Verkäufen aus dem eigenen Bestand macht die kommunale Holding das Gegenteil dessen, was ihr das von ihr miterarbeitete Wohnungspolitische Konzept als Ziel aufgibt — leider eine Tendenz, die schon bei der Erstauflage des Konzeptes zu beobachten war. Die aNDERE fordert daher seit vielen Jahren, den Verkauf von Wohnimmobilien, insbesondere aus dem Bestand der ProPotsdam, sofort einzustellen.

Der kommunale Wohnungsbestand muss im gesamten Stadtgebiet gewährleistet werden. Dabei kann auch die Enteignung von Spekulanten, die Immobilien leer stehen lassen, dazu beitragen, dass die Stadt über mehr Wohnraum verfügt und ihn günstig vermieten kann.

Ein weiteres Thema des neuen wohnungspolitischen Konzeptes ist die Verhinderung von Fehlbelegung in den Bestandswohnungen und die Schaffung von Anreizen für Umzugsketten, die große Bestandswohnungen für neue Interessent*innen frei werden lassen. Die aNDERE fordert die Möglichkeit eines Wohnungstauschs innerhalb städtischer und genossenschaftlicher Wohnungsgesellschaften ohne Neuvermietungszuschlag.

Vertrauen ist gut, Kontrolle besser! Die größte Herausforderung im Kontext des 2024 gemeinsam neu erarbeiteten Konzeptes wird es sein, die stärksten Akteure, wie die ProPotsdam und die Stadt, immer wieder an die Vorgaben des Konzeptes zu erinnern und Abweichungen öffentlich zu machen. Dafür wird sich DIE aNDERE auch ab 2024 wieder stark machen!

Keine Mieterhöhungen ohne Investition in die Wohnung

Auch im städtischen Wohnungsbestand werden Mieterhöhungen regelmäßig nur damit begründet, dass die ProPotsdam eine Angleichung an die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel vornimmt. Diese Mieterhöhungen führen zu einem Ansteigen des ortsüblichen Mietniveaus und haben dadurch weitere Mieterhöhungen zur Folge — eine Spirale nach oben, bei der finanziell schwächere Bürger*innen auf der Strecke bleiben.

Die automatische Anpassung der Mieten an den ständig steigenden Mietspiegel lehnen wir ab. Eine Mieterhöhung soll nicht nur deshalb vorgenommen werden, weil sie gesetzlich zulässig ist. Gerade die ProPotsdam hat eine soziale Funktion, die sich nicht am rechtlich Möglichen, sondern an der Verantwortung gegenüber ihren Mieter*innen orientieren muss.

Neubau nur gegen WBS

Bei eigenen Neubauvorhaben muss die ProPotsdam sich angesichts der erheblich gestiegenen Baukosten auf die Schaffung günstiger Mietwohnungen für Inhaber*innen von Wohnberechtigungsscheinen beschränken, um jenen Bevölkerungsgruppen ein Angebot zu machen, die über geringe oder durchschnittliche Einkommen verfügen.

Derzeit setzt die ProPotsdam anhand ihrer Unternehmensziele nur den Anreiz, irgendwelchen Neubau zu errichten. Die Bezahlbarkeit spielt dabei keine Rolle. Eine Überarbeitung dieser Unternehmensziele (und der daran gekoppelten Prämien) ist dringend geboten.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, kommunalen Neubau nur im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu realisieren.

- Keine Verkäufe von städtischen Wohngebäuden und Grundstücken
- Erweiterung des kommunalen Wohnungsbestandes
- Bodenspekulation mit der Umwandlung von Wald und Grünflächen in Bauland stoppen
- Holzbaumemorandum umsetzen
- Baulandmodell für die verbindliche Schaffung von sozialem Wohnraum einsetzen
- Soziale Erhaltungssatzung in weiteren Stadtteilen, die von starker Verdrängung und Veränderung betroffen sind, einführen
- Ankauf von Bodenfläche u. a. auch für kommunale Infrastruktur
- Erbbaupachten, die für Wohngemeinschaften und soziale Projekte finanziell möglich sind

In Bezug auf die ProPotsdam fordert DIE aNDERE:

- Keine Mieterhöhung ohne Investition in die Wohnung
- Neuvermietungszuschläge abschaffen
- Keine Kapazitäten der ProPotsdam für den Umbau der Innenstadt anhand des antiquierten Leitbautenkonzeptes
- Unternehmensziele und Geschäftsführergehälter nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten
- Schaffung von Mieter*innenräten und Beteiligung und Mitbestimmung der Mieter*innen bei z. B. Hof- und Gartengestaltung
- Keine Vorratssanierungen am aktuellen Bedarf vorbei
- Mitentscheidungen der Mieter*innen über den Standard bei Modernisierung und Sanierung

Krampnitz — Vom Truppenübungsplatz zum Entwicklungsübungsplatz

Der neue Stadtteil Krampnitz hat eigentlich alle Voraussetzungen, ein großartiges Projekt zu werden. Leider verwandelt es sich zusehends in eine Tragödie.

Im Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld wurden zahllose Fehler gemacht: Der Volkspark wird kleiner und bleibt eintrittspflichtig, immer mehr Flächen werden überbaut, Sportplätze sind Mangelware und Bürgerhäuser wurden erst im Nachhinein geplant. Beteiligung hat für die Entwicklung des Stadtteils keine Rolle gespielt.

Ursprünglich sollte in Krampnitz alles anders laufen und der Stadtteil komplett von der Stadt entwickelt werden. Der Plan war eine Enteignung, um die „TG-Gesellschaften“ — deren Eigentümer aus der Leipziger Halbwelt stammen — aus dem Spiel zu halten. Oberbürgermeister Jakobs bekam aber kalte Füße und in einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde in einem komplizierten Deal ein erheblicher Teil der gesamten Fläche an die Deutsche Wohnen verhökert. Dieses Wohnungsunternehmen hat sich durch unsoziale Geschäftspraktiken so profiliert, dass Berliner Mieter*innen-Initiativen das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gestartet haben. DIE aNDERE wollte die Entwicklung nicht den Immobilienkonzernen überlassen und verhindern, dass die Fehler wiederholt werden, die im Bornstedter Feld gemacht wurden.

Es gibt wenig Flächen, die von der Stadt oder der ProPotsdam selbst entwickelt werden und kaum Flächen, die in Erbbaupacht vergeben werden sollen. Stattdessen baut die WiK Wohnen in Krampnitz GmbH.

Die WiK ist eine Tochterfirma der BUWOG, welche wiederum ein Tochterunternehmen der Vonovia SE ist (alias Deutsche Wohnen SE), die jetzt alle Bauten für Vonovia in Krampnitz bearbeitet und umsetzt. Informiert werden die Bewohner*innen Potsdams über den Fortgang des Projektes beim Krampnitz-Forum, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es nicht. Durch die Veräußerungen des größten Teils der Grundstücke an private Investoren und Aktiengesellschaften gab die Stadt selbst ihre Gestaltungsspielräume aus der Hand.

Die Krampnitzer Bauten der NS-Zeit stehen unter Denkmalschutz. Eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte des Wehrmacht-Stützpunktes Krampnitz findet bislang nicht statt.

Ein Radschnellweg zwischen der Nauener Vorstadt und Krampnitz ist in Planung. Wann er umgesetzt wird und wie, ist noch nicht klar. Die ersten Bewohner*innen sollen aber bereits 2025, möglichst ohne eigenes Auto, in Krampnitz einziehen.

Die Energieversorgung des neuen Stadtteils muss so erfolgen, dass spätestens 2030 Klimaneutralität möglich ist. Gleichzeitig müssen alle Versorgungssysteme der gestaffelten Stadtteilentwicklung angepasst werden. Die Tramverbindung nach Krampnitz muss prioritär entwickelt werden. Es kann nicht sein, dass ab 2025 die ersten Leute dort einziehen und erst 2029 die Tramverbindung in die Stadt in Betrieb genommen wird. In Krampnitz und darüber hinaus sollten die Verkehrsberuhigung und eine nachhaltige Mobilität die Regel und nicht Ausnahme sein.

Eine
andere Stadt
ist nötig!

Der Markt senkt keine Miete!

**DIE
aNDERE**



Kita und Schule

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass alle Kinder gleiche Bildungs- und Teilhabechancen erhalten. Gute staatliche Bildungseinrichtungen, in denen alle Kinder lange gemeinsam lernen, sind dafür die allererste Voraussetzung.

Die Überlegungen des Jugendamtes zur Einrichtung von Eltern-Kind-Gruppen in Flüchtlingsunterkünften lehnen wir grundsätzlich ab. KiTas müssen integrative Angebote bieten und daher Flüchtlingskinder außerhalb von Heimen mit anderen Kindern zusammenbringen.

Auch Überlegungen zum Bau neuer Förderschulen oder zur Konzentration verschiedener Förderschulen treten wir entgegen. Die beste Förderung für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf kann durch ihre soziale Integration in den Schulalltag der Regelschulen geleistet werden. Aufgabe des Staates ist es, alle Schulen zu befähigen, die Inklusion für alle Schüler*innen umzusetzen.

KiTa: Bildungseinrichtung statt Kinderverwahrstelle

In den letzten Jahren hatten viele Eltern Probleme, rechtzeitig den gewünschten KiTa-Platz in Potsdam zu bekommen. Das Defizit bei den vorhandenen KiTa-Plätzen konnte in den letzten Jahren abgebaut werden. Inzwischen denkt die Stadtverwaltung darüber nach, Platzkapazitäten zu reduzieren oder mehr Plätze an Kinder aus dem Umland zu vergeben.

Der KiTa-Betreuungsschlüssel im Land Brandenburg ist deutlich schlechter als in anderen Bundesländern. Selbst im Idealfall ist damit nur eine unzureichende Betreuung der Kinder möglich. Hinzu kommt, dass der Idealfall regelmäßig nicht stattfindet. Angebote der frühkindlichen Bildung und eine systematische Förderung bleiben zufällig und dem Engagement einzelner Mitarbeiter*innen überlassen.

Wir halten den Besuch einer KiTa für einen wichtigen Schritt in der Teilhabe am sozialen Leben. KiTa-Plätze müssen in allen Stadtteilen in ausreichender Zahl angeboten werden. Das entlastet Familien, schafft eine Quartiersbindung und entlastet die Stadt von unnötigen Fahrwegen.

In KiTas sollten Kinder lernen können – und dies nicht nur zufällig. Eine gute frühkindliche Bildung für alle Kinder anzubieten halten wir für einen wesentlichen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit. Die Bildungsstätte KiTa braucht dafür genug gut entlohntes und bestens qualifiziertes Personal.

DIE aNDERE setzt sich weiter dafür ein, dass die Stadt selbst in allen Stadtteilen selbst KiTas betreibt und so eigene Kompetenzen und Spielräume erwirbt. Außerdem möchten wir ein Überangebot an Plätzen erhalten, damit Eltern den KiTa-Platz frei auswählen können. Diese Wahlfreiheit ist ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung.

WIR WOLLEN

- dass die Stadt Potsdam ihre Verantwortung als wachsende Stadt in der KiTa-Bedarfsplanung klug wahrnimmt,
- dass KiTas Bildungseinrichtungen mit einem breiten Angebot werden,
- dass dazu der Betreuungsschlüssel deutlich angehoben wird und
- dass die KiTa-Mitarbeiter*innen durch Fortbildungen und Coaching in der Entwicklung ihrer Arbeit unterstützt werden.

In der Entwicklung von KiTas zu Bildungseinrichtungen sehen wir wohlhabende Städte wie Potsdam in einer besonderen Verantwortung.

- Der Betreuungsschlüssel kann in der Stadt Potsdam abweichend von den Landesempfehlungen angehoben werden.
- Die Stadt Potsdam als Fachaufsicht kann umfangreiche Fortbildungen für KiTa-Mitarbeiter*innen und ein begleitendes Coaching zur fachlichen Beratung anbieten.
- Die Stadt Potsdam kann als KiTa-Träger Standards in Betreuung und Bildung setzen und auf Engpässe aktiv reagieren.
- Alle Kinder sollten kostenlos einen KiTa-Platz erhalten. Eine Verpflichtung zum KiTa-Besuch mindestens im Vorschuljahr sollte diskutiert werden.

Schule als offener Raum und Begegnungsort

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass sich alle Schulen für alle öffnen. Wir wollen insbesondere die staatlichen Grund- und Gesamtschulen stärken und attraktiver machen.

Die Stadt Potsdam ist zwar nicht für die Lehrinhalte an den städtischen Schulen zuständig, kann aber als Schulträger Einfluss auf den Alltag der Lehrer*innen und Schüler*innen nehmen: Die Bereitstellung großzügiger und geeigneter Räumlichkeiten entscheidet oft über die Durchführung pädagogischer Angebote, über die Teilhabechancen von Kindern mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf oder auch darüber, ob ein kostenloses Frühstück als sozialpädagogisches Angebot oder lediglich als halbherzige Belieferung durch ein Cateringunternehmen angeboten werden kann.

Die Stadt muss dafür sorgen, dass staatliche Schulen gut ausgestattet sind, genug Schulsozialarbeit, attraktive Gebäude und eine günstige Verkehrsanbindung erhalten und genug Platz für Erweiterungen haben. Nur große Gesamtschulen mit modernen Schulkonzepten können den Trend zu Gymnasien und Privatschulen stoppen.

Derzeit erleben wir Mängel in den folgenden Bereichen:

- Nicht genügend Räume für Freiarbeit und Angebote außerhalb des Unterrichtes sowie für Kinder, die während des Unterrichtes zusätzliche Angebote oder Ruhezeiten benötigen
- Mangel an Lehrkräften, Betreuer*innen und Förderkräften für Kinder mit besonderen Betreuungsbedarfen wegen Konzentrationsschwächen, Aufmerksamkeitsschwächen, Aggressionen oder Strukturierungsproblemen, aber auch für Kinder mit Migrationshintergründen, die nicht oder nur bruchstückhaft die deutsche Sprache beherrschen
- Fehlende Kapazitäten in Mensen, Küchenbereichen, Fachkabinetten und Toiletten
- Auseinandersetzungen und Misstrauen zwischen Eltern und Lehrkräften an einigen Schulen
- Erheblicher Sanierungsbedarf bei einigen Schulsportanlagen

Viele dieser Probleme sind nicht Potsdam-spezifisch! Aber: DIE aNDERE will diese Probleme angehen und aus ihnen Chancen zur Änderung ableiten.

Anforderungen an eine moderne Schule:

- Helle und große Räume, die flexibel an unterschiedliche pädagogische Bedürfnisse angepasst werden können
- Eingangsbereiche mit Optionen für Bibliotheken, Cafeterien und andere Begegnungsorte
- Vielfältige Bewegungsangebote, besonders in Grundschulen
- Räume zum Aufenthalt im Nachmittagsbereich bzw. zur Freiarbeit
- Räume für besondere Bildungsangebote wie Theater, Musik oder Tanz
- Zweitlehrersystem kontinuierlich und verpflichtend durchsetzen

Maßnahmen in der Schule:

- Bei Schulneubauten mehr städtische Mittel für Raumausstattung bereitstellen: Keine Schule ohne Schulküche, wettkampftauglichen Sportplatz und Räume für Frühstück, Abendveranstaltungen und zusätzliche förderpädagogische, integrative und inklusive Angebote
- Mehr Mitsprache der Nutzer*innen bei Neubau und Sanierung von Schulen
- Mehr städtische Mittel für Sanierung, Verschönerung und Ausstattung von Schulen und deren Sporthallen bereitstellen
- Förderlehrkräfte aus der Vertretungsmühle nehmen
- Schulbegleitungen für besondere Kinder unbürokratisch organisieren
- Schulsozialarbeit als schulunabhängiges Angebot der Jugendhilfe an allen Schulen ausbauen
- An allen Schulen kostenloses Schulessen anbieten, sodass Kinder in der Lage sind, den Unterrichtsabläufen vollständig zu folgen
- Hilfen zur Erziehung nach § 35 a SGB VIII schnell und unbürokratisch bewilligen, wenn von zuständigen Ärzt*innen die Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen attestiert wird
- Sport- und Freizeitangebote für Schüler in der unterrichtsfreien Zeit

Darüber hinaus möchten wir, dass die Schulen zu Orten des Dialogs nicht nur zwischen Lehrkräften und Kindern/Jugendlichen werden, sondern auch zwischen Lehrkräften und Eltern bzw. Großeltern. Nur so können die verschiedenen Sichtweisen, aber auch die Zwänge, in denen sowohl das Lehr- und Betreuungspersonal als auch die Erziehungsberechtigten stecken, verständlich und damit tolerierbar oder sogar akzeptierbar werden.

Vorstellbar wäre, dass die Mensen und Aulen häufiger für Stadtteilversammlungen, Konzerte oder Bürgerabende nutzbar werden. Schulische Sport- und Musikräume könnten am Nachmittag der Allgemeinheit zur kontrollierten Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Bei Neubauten sind diese Nutzungen mit zu planen.

Umwelt- und Klimaschutz

Eine Frage der (Generationen-)Gerechtigkeit

Würden alle Menschen so leben und konsumieren wie in Deutschland, wären 3,2 Planeten nötig, um den globalen Ressourcenverbrauch zu stillen. Wie beim Ressourcenverbrauch ist Deutschland auch Spitzenreiter bei den Treibhausgasen, die den Klimawandel anheizen: Während in Äthiopien jährlich 0,1 t CO₂ pro Kopf ausgestoßen wird, fallen in Deutschland über 8 t CO₂ pro Kopf Emissionen an.

Im Land Brandenburg betrug die Pro-Kopf-Emission, dank der konservativen Kohlepolitik der SPD, im Jahr 2022 17,7 Tonnen. Die Folgen des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs in Form von Armut, Flucht und Krisen treffen zynischerweise insbesondere die Länder, die am wenigsten die Probleme verursacht haben.

Auch wenn der Ausstieg aus den fossilen Energien und der Atomenergie ein übergreifendes, globales Thema ist, muss Potsdam als reiche Stadt des globalen Nordens seinen Beitrag leisten und die Ursachen des ungebremsten Ressourcenverbrauchs vor Ort bekämpfen.

Dabei setzen wir uns für eine Politik ein, die weniger symbolischen Gesten folgt. Die wesentlichen Elemente des bestehenden Klimakonzeptes der Stadt Potsdam müssen zeitnah umgesetzt werden, damit das eigene Ziel, bis 2050 eine klimaneutrale Stadt zu werden, erreicht wird.

Wir treten für die Erreichung der Klimaneutralität, analog der Landeszielstellung, bis spätestens 2045 ein und wollen, dass die EWP bis 2030 fossilfrei wird. Dazu müssen auch die ProPotsdam und die Genossenschaften ihren Beitrag bezüglich Wärmedämmung und Verbrauchsminderung leisten.

Als städtischer Energieversorger hat die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) in Potsdam bereits zahlreiche Energieprojekte, wie zuletzt die Geothermiebohrungen in der Heinrich-Mann-Allee und in Krampnitz, erfolgreich umgesetzt. Bis 2045 soll der Großteil der benötigten Energie in Potsdam aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne und Tiefengeothermie stammen und von der EWP selbst produziert werden.



Dazu ist es notwendig, eigene Anlagen zu errichten und die Bürger*innen einzubeziehen. Frühzeitige Informationen und neue Beteiligungsmodelle gehören dazu. Das können Beteiligungen an der Investition sowie am Ertrag sein. Letztendlich muss der ökonomische Nutzen vor Ort spürbar werden.

Gleichzeitig müssen Land und Bund die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, damit städtische Betriebe die Energie-, Bau- und Verkehrswende auch zeitgleich gestalten können und nicht zum Ausverkauf gezwungen werden oder auf Kapital von renditefixierten Fremdinvestoren angewiesen sind.

Umweltgerechtigkeit — beim Klimaschutz genau hinschauen

Wir wollen die Umweltgerechtigkeitsfrage in der Stadt stellen: Ist es bezüglich des Umweltnutzens zielführend, jeden Plattenbau einer Luxussanierung zu unterziehen und damit die Mehrheit der Mieter*innenschaft zu verdrängen? Oder müssen wir nicht viel eher bei den villenreichen Stadtvierteln ansetzen, auf deren Straßen eine Vielzahl von SUVs parken? Der dortige Verbrauch an Energie und Ressourcen ist pro Person vielfach größer als bei den Platten- und Systembauten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutzmaßnahmen auf die Stadtquartiere und deren soziale Situationen abgestimmt werden: Reiche Viertel mit hohem Umwelt- und Energieverbrauch müssen dementsprechend mehr zum Einsparen beitragen als Mieter*innen, die sich die nächsten Mieterhöhungen im Zuge einer Sanierung nicht leisten könnten.

Die im Masterplan „100 % Klimaschutz Potsdam 2050“ vorgesehene Abstimmung von Energieeinsparmaßnahmen auf Quartiersebene sehen wir als sehr sinnvoll an: Dabei sollten Rahmendaten wie die durchschnittliche Wohnungsgröße, der Energieverbrauch pro m², der Autobesitz etc. als Grundlage der Festschreibung dienen, wie groß der Beitrag eines Stadtquartiers sein muss, um das gesamtstädtische Ziel einer klimaneutralen bzw. umweltgerechten Stadt zu erreichen. Auf Quartierskonferenzen sollten schließlich unter der Beteiligung von Bewohner*innen vor Ort die individuellen Maßnahmen und deren Umsetzungen ausgehandelt werden.

UNSERE FORDERUNGEN

- Quartiersgenaue Klimaschutzmaßnahmen entwickeln: Villenviertel mit hohem Energieverbrauch müssen mehr einsparen, hier sind staatliche Vorgaben dringend nötig
- Ausbau der Erneuerbaren Energien prüfen und Bürger*innenbeteiligung stärken

- Einberufen stadtweiter Quartierskonferenzen mit Beteiligung der Anwohnenden, die eine Auswahl von vorher fachlich ausgearbeiteten Klimaschutzmaßnahmen treffen
- Abschaffung von Subventionen für Vielverbraucher*innen, dafür verpflichtende Energieberatung

Energetische Sanierung nicht nur auf Kosten der Mieter*innen

Die energetische Sanierung von Wohngebäuden muss endlich nicht nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, sondern auch so finanziert werden. Bislang werden die Kosten für die energetische Sanierung den Mieter*innen aufgebürdet. Auf der anderen Seite erhalten Hauseigentümer*innen Fördermittel für Energiesparmaßnahmen, die den Wert ihrer Immobilien steigern.

Wir wollen, dass alle an der Energiewende partizipieren können. Wenn breite Gesellschaftsschichten von der Energiewende einen Nutzen haben, sinken die Chancen neoliberaler Klimawandelleugner*innen und Rechtspopulist*innen.

Dass selbst Menschen mit kleinem Portemonnaie in Passivhäusern wohnen können, macht das Projekthaus Babelsberg eindrucksvoll vor. Unabhängig von profitorientierten Immobilienkonzernen haben sie sich ein Gebäude mit höchsten Energiestandards gebaut, was günstiger pro Quadratmeter ist als alle heutigen Neubauten. Mieterstrommodelle zeigen, wie Mieter*innen durch Solaranlagen auf ihrem Dach profitieren können.

Potsdam sollte die Energiewende nicht verpassen:

- Einnahmen aus Grundsteuern zur energetischen Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes einsetzen
- Förderung von kommunalem Neubau und Sanierungen mit hohen Energiestandards, aber ohne weitere Luxusausstattung
- Beratung der kommunalen Neubauprojekte durch erfahrene Projekte wie das Projekthaus Babelsberg, um günstig energiesparend zu bauen
- Stadtweite Beratungen für Mieterstrommodelle; Möglichkeiten zur Verpflichtung privater Eigentümer*innen erwägen, um Mieterstrommodelle möglich zu machen
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften, die auch Geringverdiener*innen einschließen

Statt Symbolpolitik: Bestehende Klimakonzepte endlich umsetzen!

Es kann nicht sein, dass immer neue, blumige Konzepte zum Schutz der Umwelt und des Klimas in Auftrag gegeben werden, wenn deren Inhalt in der alltäglichen Stadtpolitik nicht zum Tragen kommt.

Die Autolobby in der LINKEN und CDU/FDP/AfD kämpft wie im letzten Jahrhundert für den individuellen Autoverkehr in der Stadt und führt das städtische Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, ad absurdum.

Eine faire Beschaffung von Tee und Kaffee für die Rathauskantine wurde abgelehnt, weil der Denk- und Handlungshorizont scheinbar am eigenen Tellerrand endet. Die Änderung der Baumschutzverordnung hat den Baumschutz derart verwässert, dass die Baumschutzverordnung kaum noch ihren Namen verdient.

Die Baupolitik der Stadtmitte zeigt exemplarisch, wie rückwärtsgewandte Politik, die sich krampfhaft an historischen Grundrissen und Fassaden festkrallt, die Herausforderungen der Zukunft missachtet. Bspw. wurden die letzten Bäume am Alten Markt mit dem Argument abgeholzt, weil es früher („früher“ im Sinne des 18. Jhd.) nun mal keine Bäume an dortiger Stelle gab. Der heutige Platz ist nun im Sommer eine unangenehme Betonwüste, auf der man der heißen Sonne gnadenlos ausgesetzt ist. Das ist das Gegenteil von Klimaanpassung.

Der Abriss des Staudenhofkomplexes ist nicht nur mit dem Abbau sozialverträglicher Wohnverhältnisse in der Innenstadt verbunden, sondern auch klimaschutzpolitisch kontraproduktiv. Modernes nachhaltiges Bauen nutzt den bestehenden Baukörper und gestaltet diesen neu, da für die Fertigung des Stahl-Beton-Baus bereits große Energiemengen aufgewendet werden mussten.

Es ist dringend an der Zeit, dass sich die Stadtpolitik zu ihren selbst gesteckten Umweltzielen bekennt und dies in die alltägliche Politik integriert:

- Veto- und öffentliche Anhörungsrechte für die Potsdamer Koordinierungsstelle Klimaschutz bei städtischen Vorhaben
- Personelle Stärkung der Koordinierungsstelle zur Kontrolle der Umsetzung der zahlreichen Konzepte
- Im Internet abrufbare Statusmeldungen über die Umsetzung einzelner Klimaschutzmaßnahmen
- Kriterien des Klimaschutzes gegenüber der historisierenden Baupolitik in der Stadtplanung immer Priorität einräumen

Bei uns piept's wohl — Städtischen Natur- und Artenschutz stärken!

Wohnungsneubau und Gebäudesanierungen setzen Natur- und Artenschutz in der Stadt mächtig unter Druck. Die auch in anderen Städten fortschreitende Vernichtung von Lebensräumen auf Stadtflächen schlägt sich mittlerweile im bundesweiten Rückgang von stadtbewohnenden Tierarten nieder. Artenschutz wird im städtischen Bereich eher stiefmütterlich behandelt, obwohl es häufig keines großen Aufwands bedarf, unseren tierischen Nachbarn den Raum zu belassen, den sie zum Leben brauchen.

Sollten Flächen durch Neubau überbaut werden, müssen die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen möglichst vor Ort umgesetzt werden, damit die Betroffenen dies auch als solches erleben. Sollte dies nicht möglich sein, sind finanzielle Mittel zu bündeln, um große, effektive Maßnahmen mit hohem Klimaeffekt im Stadtgebiet in Abstimmung mit dem Naturschutzbeirat umzusetzen.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im Norden der Stadt müssen die Belange des Natur- und Artenschutzes berücksichtigt werden. Klimaschutz und Artenschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir setzen uns für einen städtischen Natur- und Artenschutz ein, der nicht die städtische Entwicklung verkompliziert, sondern den Lebensraum für Tierarten belässt und fördert, an dem wir Menschen uns gleichfalls erfreuen:

- Konsequente Kontrolle der Durchführung von beauftragten Ersatzpflanzungen
- Eindämmen der Mahd an Straßenrändern und auf städtischen Grünflächen
- Verbot von Pestiziden auf öffentlichen Flächen
- Regularien z. B. in Satzungen für Neubauten festlegen, die mit einfachsten Mitteln dem Artenschutz am Gebäude Rechnung tragen
- Stärkung der Naturschutzbehörde zum Aufbau eines effizienten digitalen Flächenkatasters, auf dessen Grundlage sowohl Grünflächen als auch städtische Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen naturgerecht entwickeln werden können
- Städtische Zusammenarbeit mit Umweltverbänden wie dem Potsdamer Landschaftspflegeverein zur naturgerechten und biologisch wertvollen Entwicklung von (Kleinst)Flächen wie Straßengrün

Mobilität

Mehr als nur Straßen- oder Nahverkehr

Mit weniger Verkehr besser mobil sein

Weit mehr als die Hälfte der Potsdamer Bürgerinitiativen beschäftigt sich mit Verkehrsproblemen. Die Lebensqualität in Potsdam wird durch kaum etwas so beeinträchtigt wie durch den Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr verursacht Abgase, Dreck und Lärm. Er drängt die Menschen an den Rand des öffentlichen Raums. Mit deutschlandweit jährlich über 3.200 Toten und weit mehr als 60.000 Schwerverletzten birgt der Straßenverkehr ein hohes Unfallrisiko. Die Städte, in denen alle Verkehrsarten (Auto und LKW, ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr) auf engem Raum zusammenkommen, stehen vor großen Herausforderungen.

Unser Ziel ist es, jedem eine sichere Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen wie Unfallrisiken, Lärm, Abgase und Folgeerkrankungen zu verringern. Die Stadt Potsdam hat beim ÖPNV mit dem Ausbau von Strecken und Fahrzeugen einen guten Weg eingeschlagen. Die Umsetzung werden wir unterstützen und kontrollieren. Gleichzeitig setzen wir uns für ein ganzheitliches Konzept zur Förderung des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs ein. Der Umstieg vom Auto zur umweltfreundlichen Mobilität muss so leicht wie möglich gemacht werden. Der Verkehrsraum muss neu aufgeteilt werden.

Massiver Ausbau des ÖPNV

Den Ausbau und die Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs sehen wir als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Die Entwicklung der Bahnhöfe Golm und Marquardt als attraktive Umstiegsorte zwischen Bus und Bahn hat für uns eine zentrale Bedeutung für die Gesamtstädtische Verkehrsentwicklung. Das Straßenbahnnetz muss insbesondere im Potsdamer Norden zügig ausgebaut werden. Vor allem das Angebot in den Nacht- und Abendstunden ist zu erweitern. Busse und Straßenbahnen sollten im Straßenverkehr Vorrechte durch eigene Fahrbahnen und Vorrang bei Ampelschaltungen genießen. Das Taxi füllt Lücken im

ÖPNV und sollte daher dessen Vorrechte (z. B. Mitnutzung von Busspuren) erhalten. Die Engstelle am Nauener Tor muss beseitigt werden.

Nulltarif mit Bus, Tram und Bahn

DIE aNDERE hat bereits vor zehn Jahren ein fundiertes Konzept zur Einführung des Nulltarifes in Bussen und Trams vorgelegt, das wir schrittweise umsetzen wollen. Da der Potsdamer ÖPNV mit dem kommunenübergreifenden Verkehrsverbund VBB verzahnt ist, sind das Land Brandenburg und der Bund gefragt, um rechtlich wie finanziell die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die rot-grün-schwarze Landesregierung hat dabei erhebliche Reserven und bleibt hinter den Aktivitäten anderer Bundesländer beim ÖPNV weit zurück.

Das Deutschlandticket ist für Ballungsräume ein erster Schritt in die richtige Richtung. Seine Finanzierung ist aber nicht gesichert. Nur die Senkung der Ticketkosten bis hin zum Nulltarif und der Ausbau des Angebotes können die Fahrgastzahlen erheblich steigern. Andere Städte wie Hasselt, Wien und Tallinn haben das erfolgreich gezeigt. Dabei ist die Qualität des ÖPNV nicht zu vernachlässigen. Die Einführung des Nulltarifs kann nur mit einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einhergehen.

Radverkehr ausbauen und sicherer machen

Um auf stadtverträgliche Weise die Ziele im Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen, muss das Ziel sein, möglichst viele Menschen auf das Fahrrad zu bekommen. Neben attraktiver individueller Mobilität leben Radfahrende deutlich gesünder und länger. Daher ist ein zügiger Netzausbau eine wichtige Komponente für eine menschenfreundliche Stadt.

Die momentan geplanten Radschnellwege nach Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow und in den Potsdamer Norden sind dazu ein wichtiger Baustein — ebenso die geplante Radvorrangroute Richtung Werder.

Aber auch Grüne Wellen für Radfahrer*innen und ausreichend Stellplätze sorgen für eine attraktive Mobilität. Der Belag von Radwegen sollte zeitgemäß und für andere Verkehrsteilnehmer*innen gut wahrnehmbar sein.

Wir befürworten eine höhere Anzahl echter Fahrradstraßen. Dort, wo passende Bedingungen bestehen, sind baulich getrennte Radwege sowie exklusive Bereiche für Fußgänger*innen zu schaffen.

Wenn es gelingt, Radfahren zu einem dauerhaft schönen Erlebnis zu machen und die Menschen Spaß beim Zurücklegen der Wege in der Stadt haben, wird die Lebensqualität der Menschen spürbar steigen. Mehr Platz für Radfahrer*innen ist weiterhin dringend notwendig. Auch zum Schutze des Fußverkehrs.

30 km/h, Verkehrsberuhigungen und autofreie Bereiche

Eine nachhaltige Verkehrspolitik ist aber nicht denkbar, ohne Maßnahmen zu treffen, die den Vorrang des Autos in der Stadt gegenüber der umweltfreundlichen Mobilität abschaffen. Das Konzept der „autogerechten“ Stadt mit breiten und lauten Straßen gehört der Vergangenheit an.

Wir wollen, dass die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt an erster Stelle steht. Auf möglichst vielen Straßen möchten wir das Tempolimit von 30 km/h einführen und folgen damit den vernünftigen Argumenten des VCD (Verkehrsclub Deutschland).

DIE aNDERE fordert langfristig eine weitgehend autofreie Innenstadt. Für Spiel- und Begegnungsstraßen in allen Stadtteilen sollen Durchfahrbeschränkungen umgesetzt werden. Das ermöglicht eine neue Gestaltung von Straßenräumen und deren Rückeroberung für das öffentliche Leben. Als dringende Maßnahme sehen wir die Verkehrsberuhigung in der vom Ausweichverkehr geplagten Geschwister-Scholl-Straße an. Diese Straße wollen wir nur noch für Anlieger*innen und ÖPNV öffnen.

Wir wollen in allen Stadtteilen Bereiche schaffen, in denen der Fußverkehr Vorrang hat. Dazu wollen wir Fußgängerzonen ausweisen, in denen Parkplätze abgebaut werden, der Lieferverkehr zeitlich begrenzt ist und Sitzmöglichkeiten in begrünten Bereichen und ohne Konsumzwang geschaffen werden. Als weiteres Pilotprojekt soll das gesamte Holländische Viertel als Fußgängerzone ausgewiesen werden.

Mobilität geht auch anders

Im Zuge der Verkehrsumgestaltung der Zeppelinstraße müssen auch Maßnahmen in der Geschwister-Scholl-Straße getroffen werden, die hier den Durchgangsverkehr erheblich reduzieren. Mit intelligenten Ampelschaltungen und Einbahnstraßenregelungen ist dies realisierbar.

Eine wichtige Umgestaltung wird in der Friedrich-Ebert-Straße erfolgen. Barrierefreie Haltestellen haben dabei die höchste Priorität. Zudem sollen der Fußverkehr

und die Aufenthaltsqualität erheblich verbessert werden. Wir unterstützen hierbei die Verwaltung bei der menschengerechten Umgestaltung der Innenstadt. Die fahrradfreundliche Pflasterung am Nauener Tor spielt dabei eine zentrale Rolle.

Bei der Erschließung von Krampnitz als neuen Stadtteil müssen die Tramverbindung und der Radschnellweg zügig umgesetzt werden. Auch gilt es, den Bau einer weiteren Schlafstadt zu verhindern. Die Bewohner*innen sollen hier alle wichtigen Funktionen einer Stadt vorfinden, um unnötigen Verkehr zu vermeiden.

An Ampeln in der Stadt werden heute Autos bevorzugt und umweltfreundliche Verkehrsteilnehmende wie Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und zum Teil auch der ÖPNV ausgebremst. Diese Ungerechtigkeit aus Zeiten der autogerechten Stadt gilt es zu ausmerzen.

WIR FORDERN

- die komplette Umsetzung des neuen Brandenburger Mobilitätsgesetzes u. a. mit Umstellung des Potsdamer ÖPNV-Angebots von der bedarfs- zur angebotsorientierten Planung und
- Vision Zero in der Verkehrssicherheit.



Sport

Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport

In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der organisierten Sportler*innen in Potsdam von 24.312 auf 37.497 (in 167 Vereinen). Darin sind 14.279 Kinder und Jugendliche (U18) enthalten.

Erfolgreiche Olympioniken trugen sich ins Goldene Buch der Stadt ein. Kaum eine Stadt mischt in so vielen Sportarten in der Bundesliga mit wie Potsdam. Der Sportpark Luftschiffhafen bietet erstklassige Trainingsbedingungen für Spitzensportler*innen. In diese Sportanlagen und in das Sportinternat investiert die Stadt jährlich Millionensummen.

Aber dem steht ein enormer Mangel an Sportanlagen für den Breitensport gegenüber. Am Fehlbedarf von mindestens 15 Hallen und 15 wettkampffähigen Freisportflächen hat sich seit der letzten Wahlperiode nicht viel geändert. Kleine Optimierungen reichten nicht aus, um den Bevölkerungs- und Mitgliederzuwachs auszugleichen.

Dennoch werden noch immer städtische Sportplätze durch die Stadtverwaltung als Baureserveflächen betrachtet. Die Sportvereine führen ellenlange Wartelisten. Gleichzeitig belegen die Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen, dass neben dem frühen Besuch von Kitas vor allem auch die Mitgliedschaft in Sportvereinen die geprüften Fähigkeiten von Kindern eklatant verbessert.

Jugend- und Gesundheitsförderung sind klassische Kernaufgaben der Kommunen. Auch deshalb sehen wir die Förderung des Jugend- und Breitensports als vorrangige Aufgabe der Stadt an. Für die Förderung des Spitzensports sind in erster Linie Bund und Länder zuständig. Wenn die Kommunen ihre Hausaufgaben für den Breitensport machen, ist auch eine breite Basis für den Spitzensport gesichert.

Wir halten es für angebracht, den Leistungssport nach den Maßstäben der Wirtschafts- und Tourismusförderung zu fördern. Wenn Sportvereine bei Spielen der Bundes- oder Regionalliga tausende Besucher*innen nach Potsdam locken und der Stadt Einnahmen beschere, sollten sie dabei auch unterstützt werden.

Bedarfsgerechte Sportplätze bauen

Potsdam fehlen vor allem Sportanlagen für den Schul- und Breitensport. Bereits seit Jahren fordern wir, dass kein Schulneubau mehr ohne wettkampffähige Sporthalle und wettkampfmäßige Außensportanlage geplant wird. Dabei müssen auch neuere Sportarten (z. B. Rollsport) berücksichtigt werden. DIE aNDERE setzt sich für wohnortnahe Trainings- und Sportmöglichkeiten in allen Stadtteilen ein.

Ein besonderer Bedarf an zusätzlichen Sportanlagen besteht aus unserer Sicht im Bornstedter Feld, in Babelsberg, in Groß Glienicke, in Fahrland und im kinderreichen Potsdam West. Teilweise kann dieser Bedarf auch durch Erweiterung oder Mitnutzung vorhandener Sportplätze gedeckt werden.

Auf vielen Sportplätzen können schon durch einen Wechsel des Platzbelages und die Herstellung einer Beleuchtung erhebliche neue Trainingskapazitäten geschaffen werden. Wir fordern einen Aktionsplan, in dem nicht nur die bestehenden Defizite benannt werden, sondern Flächen und Finanzen für den Bau fehlender Sportanlagen festgelegt werden.

Der jährliche Bürgerhaushalt zeigt den aktuellen Neubau- und Sanierungsbedarf an Sportanlagen ziemlich genau auf. Eine konsequente Umsetzung der geäußerten Bürgervorschläge würde viele Probleme lösen.

Außensportanlagen an Schulen können so gebaut werden, dass sie separat zugänglich sind. Nach Schulschluss müssen die Sportanlagen ab 16 Uhr für den Vereins- und Breitensport kostenfrei offenstehen.

Gerechte Verteilung von Platz- und Hallenzeiten

Die vorhandenen Platz- und Hallenzeiten sollen endlich gerecht in transparenten Verfahren vergeben werden. Bei der Verteilung der Trainingszeiten müssen nachvollziehbare Maßstäbe angelegt werden. DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass Vereinen mit vielen Jugendteams oder besonderen integrativen Sportangeboten mehr Trainings- und Hallenzeiten zugeteilt werden.

Künftig sollte die Stadt Potsdam generell die Platz- und Hallenmieten für Vereine übernehmen, die nach der Sportfördersatzung einen Anspruch auf kostenlose Nutzung von Sportstätten haben, aber wegen fehlender Plätze und Hallen auf die Anmietung nichtstädtischer Sportstätten (z.B. in privaten Schulen) angewiesen sind — zumindest solange die Miethöhe sich in einem akzeptablen Rahmen bewegt.

WIR FORDERN

- Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport
- Keine Aufgabe von Sportanlagen ohne Ersatzsportstätte im gleichen Stadtraum
- Wohnortnahe und bedarfsgerechte Sportanlagen in allen Stadtteilen
- Kostenfreie Nutzung aller städtischen Sportanlagen durch gemeinnützige Sportvereine
- Faire Verteilung der Trainingszeiten auf städtischen Sportanlagen
- Übernahme von Platz- und Hallenmieten, die Vereinen entstehen, weil städtische Sportanlagen fehlen
- Öffnung der Schulsportanlagen für den unorganisierten Breitensport außerhalb der Schulzeiten
- Wirtschaftsförderung für Spitzensport, Tourismusförderung für Sportveranstaltungen

Kultur

Mehr als Schlösser und touristische Events

Das Potsdamer Kulturleben ist zunehmend durch Tendenzen der Privatisierung gekennzeichnet. Orte wie die Villa Schöningen oder die Museen Barberini und Minsk werden inzwischen kommerziell und parallel zur städtischen Kulturpolitik betrieben. Daneben ist das Kulturangebot durch wenige große Kulturträger und eine starke alternative Subkulturszene geprägt. Eine Bevorzugung von Repräsentations- und Prestigeprojekten ist in der Kulturpolitik unübersehbar. Ausverkauf und Verdichtung der Stadträume führen zu einem immer stärkeren Mangel an bezahlbaren Arbeits-, Ausstellungs- und Proberäumen. Während sich die Stadt gern mit dem Publikums-magneten Barberini schmückt, fehlen für Potsdamer Künstler*innen und Kreative geeignete Räume. Kulturpolitik darf keine Vehikel des Tourismusmarketings werden.

Nur ein kleiner Teil der Kulturträger erhält mehrjährige Zuwendungsverträge und hat damit ausreichend Planungssicherheit für Personal und inhaltliche Arbeit. Aber selbst diese Träger sind von der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt. Kostensteigerungen führen nicht automatisch zur Anpassung der Zuschüsse.

Immerhin sollen Projekte wie T-Werk, fabrik und Offener Kunstverein laut SVV-Beschluss an den öffentlichen Tarif angeglichen werden. Umgesetzt ist dies noch lange nicht! Bei den üppig finanzierten großen Kultureinrichtungen wird der Inflationsausgleich im städtischen Haushalt wie selbstverständlich gewährt. Die Notwendigkeit, erhebliche Eigenanteile aufzubringen, zwingt die Träger zur Erhöhung von Kursgebühren und Eintrittsgeldern und gefährdet einen niedrighwelligen Zugang zu den Angeboten. Bei der Förderung von Kleinprojekten werden Jahr für Jahr viele Anträge abgewiesen, ohne das Engagement der Potsdamer*innen durch eine Mittelerrhöhung zu honorieren und zu fördern.

Kulturelle Vielfalt langfristig sichern, Gelder fair verteilen

Das Potsdam Museum fristet in Potsdam noch immer ein Schattendasein. Die Exponate zur Stadtgeschichte werden kleinstütig verwaltet, statt sie in moderner Form offensiv zu präsentieren. Das Museum hat sich neuerdings bemüht, nicht nur



die Residenzstadt zu präsentieren, ohne die Garnisonsstadt und deren negativen Effekte zu erläutern, sondern das Geschichtsbild zu weiten und auch Babelsberg und andere Stadtteile stärker zu reflektieren.

DIE aNDERE plädiert für einen Paradigmenwechsel in der Kulturförderung. Wir fordern langfristige Planungssicherheit für langjährig in Potsdam tätige freie Träger durch langfristige Zuwendungsverträge, eine regelmäßige Anpassung der städtischen Zuschüsse an Tarifierhöhungen und Preissteigerungen sowie die Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten als Eigenanteil der Finanzierung.

In der Projektförderung wollen wir eine deutliche Erhöhung der Mittel und gleichzeitig eine Verkürzung der Antragsfristen, schnelle Entscheidungen durch eine unabhängige Jury und verstärkte Förderung von Experimenten. Besonderen Bedarf sehen wir in der Förderung von Festivals und kleineren Chören. Diese Förderung muss zusätzlich zu den bereits geförderten Trägern und Angeboten erfolgen.

Eine der ganz großen Baustellen im Kulturbereich ist die Schaffung von Atelier- und Bandproberäumen. Wir gehen davon aus, dass ein dringender Bedarf von mehr als 150 zusätzlichen Proberäumen besteht und dass zusätzlich 30–50.000 qm Arbeits- und Ausstellungsräume für die Künstler*innen und die Kreativwirtschaft benötigt werden.

Um dieses Defizit zu beheben, sollen die Proberäume, die im freiLand und Archiv bereits geplant sind, kurzfristig finanziert und gebaut werden. Zusätzlich schlagen wir den Bau eines Band-Hauses mit 30–40 Proberäumen auf der noch unbebauten Freifläche im freiLand vor. Weitere Proberäume könnten entstehen, wenn Prämien für die Vermittlung geeigneter leerstehender Räume gezahlt werden.

Das Rechenzentrum (RZ) muss angemessen saniert werden und langfristig für Künstler*innen, Kreativwirtschaft und Soziokultur erhalten werden. Der Bau des kommerziell orientierten Kreativ Quartiers (KQ) an der Alten Feuerwache/Plantage bietet keine Alternative zum RZ. Der Versuch der Stadt, im KQ preisgünstige Räume zu garantieren ist fehlgeschlagen. Wir sehen ausdrücklich die Stadt in der Pflicht, zusätzliche bezahlbare Raumkapazitäten zu schaffen und lehnen ein Abschieben dieser Aufgabe auf private Initiativen oder Mäzene ab.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass das Potsdam Museum einen Anbau mit zusätzlichen Ausstellungsflächen und einen Neubau mit geeigneten Depotflächen erhält. Wir unterstützen den Aufbau eines Ausstellungsmoduls zur Potsdamer NS-Geschichte und die Modernisierung der bestehenden Dauerausstellung.

Geschichte erinnern statt retuschieren

Mit der zentral gelegenen Gedenkstätte in der Lindenstraße verfügt die Stadt Potsdam über einen widersprüchlichen Lern- und Erinnerungsort. Dort werden leider Täter*innen und Opfer konzeptionell vermengt. Der Versuch, mit der Lindenstraße einen zentralen Gedenkort für alle Zwecke zu schaffen, ist zum Scheitern verurteilt. Dieser Gedenkort wird durch ein eigenes Trägerkonstrukt betrieben und durch Stadt und Land finanziert. Die Gedenkstätte fällt immer noch hinter die durch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten modern betriebene und beworbene Gedenkstätte in der Leistikowstraße ab.

Darüber hinaus hat die Stadt zahlreiche authentische Gedenkort, die sie für die verschiedenen Ereignisse nutzen könnte. Die ideologische Bereinigung von Gedenkort und Mahnmalen in den zurückliegenden drei Jahrzehnten ist abgeebbt, aber immer noch gegenwärtig.

Die Gedenkstätte in der Lindenstraße benötigt endlich eine inhaltliche Neuausrichtung, die nicht die Verbrechen des Nationalsozialismus mit den Repressionen der DDR in der Geschichte des Haftortes gleichsetzt, sondern deren Unterschiede klar und deutlich macht. Die bei der Gründung der Stiftung angekündigten Beiräte, in denen die Opferverbände Sitz und Stimme haben, müssen endlich eingerichtet werden. DIE aNDERE befürwortet weiterhin eine Eingliederung der Gedenkstätte in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Das Konzept zur Erinnerungskultur aus dem Jahre 2014 ist weiter zu entwickeln und über die bisherigen Handlungsempfehlungen hinausgehend zu einem echten Konzept, welches den Pluralismus der Geschichte und der Stadtgesellschaft reflektiert, auszugestalten.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass im Fachgremium für Erinnerungskultur auch Initiativen mitarbeiten, die sich der Erforschung der Kolonial- und der NS-Geschichte widmen. Bei der Benennung von Straßen und der Anbringung von Gedenktafeln sollen klare Verfahren und nachvollziehbare Kriterien angewandt werden. Wir fordern dabei eine angemessene Würdigung des Engagements antifaschistischer Frauen in Nowawes und generell mehr Frauennamen auf Straßenschildern. Außerdem möchten wir eine Ausschilderung des Todesmarsches in Drewitz, Gedenkstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit und Erinnerungsorte an die Kolonialgeschichte und die Bücherverbrennungen der NS-Zeit.

WIR FORDERN

- Mehrjährige Förderverträge für gestandene Kulturträger!
- Koppelung von Zuwendungsverträgen an Preis- und Tarifentwicklung!
- Aufstockung und Entbürokratisierung der Kulturförderung!
- Neue Ausstellungsflächen und Depoträume für das Potsdam Museum!
- Eintrittsfreie städtische Museen und Gedenkstätten!
- Rechenzentrum und freiLand langfristig sichern!
- Bau von Bandprobenräumen im Archiv und freiLand finanzieren!
- Bandhaus (z.B. im freiLand) bauen!
- Stärkung antifaschistischer Erinnerungskultur
- Benennung der „kolonialen Orte“ wie z.B. Neues Palais, Garnisonkirche, Waisenhaus



Demokratie

Direkte Beteiligung und Mitsprache

Beteiligung — Mehr als wählen lassen

Warum scheuen gewählte Gremien so oft die Beteiligung der Bürger*innen? Entscheidet die Stadtverordnetenversammlung wirklich im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung?

Bei zentralen Entscheidungen der Stadtentwicklung hat die Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefasst, die in der Bevölkerung hoch umstritten sind: zum Abriss des Hotels Mercure, des Wohngebäudes Staudenhof und des FH-Gebäudes sowie zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Garnisonkirche. Entsprechende Bürger*innenbegehren hat die Rathausmehrheit ins Leere laufen lassen. Die Bevölkerung ist ausgeschlossen.

Das wollen wir ändern. Wir wollen Diskussion mit Abstimmung verbinden. Wir wollen direkte Demokratie einfacher machen. Wir wollen die Stadtteilkonferenzen ausbauen. Für viele Parteien im Stadthaus ist Bürger*innenbeteiligung dagegen ein Akzeptanz-Beschaffer für bereits gefällte Entscheidungen.

Der Oberbürgermeister soll sich für ergebnisoffene Diskussion einsetzen. Diskussionsveranstaltungen reichen nicht; es bedarf auch Abstimmungen. An diesen sollen möglichst viele Potsdamer*innen teilnehmen. Geeignet sind hierfür zum Beispiel Vollbefragungen oder Referenden, die von der Stadtverordnetenversammlung selbst beantragt werden. Durch Auftragnehmer durchgeführte Umfragen bilden hingegen kein geeignetes Mittel. Sie sind oftmals nicht repräsentativ und durch die Fragestellung leicht manipulierbar.

Direkte Demokratie muss einfacher werden und auch für städtebauliche Fragen zulässig sein. Aufgrund der bestehenden rechtlichen Beschränkungen auf Landesebene mussten die Bürger*innenbegehren zur Zukunft des FH-Gebäudes und des Mercure-Hotels umständlich formuliert werden. Die aNDERE möchte dies ändern. Sie fordert deshalb, dass in Zukunft auch über städtebauliche Fragen wie

Flächennutzungs- und Bebauungspläne abgestimmt werden kann, wie es in anderen Bundesländern bereits heute schon möglich ist. Das Gleiche gilt für haushaltsrelevante Fragen, die bisher ausgeschlossen sind.

Aber auch in Potsdam selbst kann direkte Demokratie einfacher gemacht werden, z. B. durch neutrale und kostenlose Beratungsangebote für Initiativen, die ein Bürger*innenbegehren organisieren wollen oder durch die Auslegung von Unterschriftenlisten in geeigneten städtischen Einrichtungen in den Stadtteilen.

Bürger*innenbeteiligung wird von der Stadt oft nur zu Themen, die die Stadtverwaltung für wichtig erachtet, organisiert. Gerade aber die Diskussion um die Potsdamer Mitte hat gezeigt, dass unangenehme Fragen gerne vermieden werden. Die Argumente von Kritiker*innen werden nicht aufgenommen und weiterentwickelt. Zur Ausarbeitung ihrer Vorschläge werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. Dies muss sich ändern!

Wir wollen ein Initiativrecht auf Bürger*innenbeteiligung. Durch die Sammlung von Unterschriften soll die Stadt verpflichtet werden können, ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Anders als sonst ist allerdings das durchzuführende Verfahren mit den Initiator*innen abzustimmen und zu entwickeln. Wir brauchen eine faire Bürger*innenbeteiligung und keine, bei der die Ergebnisse vorgegeben sind.

Potsdam wächst von den Quartieren her, dort sind bereits viele Menschen aktiv, wollen es werden oder haben einfach Verbesserungsvorschläge, die sie einbringen möchten. Wir begrüßen die 2021 erfolgte Umsetzung unserer Forderung nach finanziell ausgestatteten Bürgerbudgets. Auch wenn die Summe noch lange nicht ausreichend ist und das Verfahren zur Vergabe jährlich und nicht nur alle 2 Jahre durchgeführt werden sollte.

Stadtteilkonferenzen am Schlaatz, in Drewitz, in Babelsberg und anderen Teilen der Stadt haben gezeigt, dass solche Treffen Orte der Begegnung sind, bei denen Ideen vorgestellt und präzisiert werden können, bei denen sich Einwohner*innen kennenlernen und zusammentun können. Stadtteilkonferenzen bieten einen Austausch mit Politik und Verwaltung, um anschließend konkrete Projekte für den Stadtteil voranzubringen.

In Potsdam hat es sich bewährt, solche Konferenzen mit den Einwohner*innen und Initiativen vor Ort zu planen. Wir wollen, dass solche Treffen nicht nur alle paar Jahre, sondern regelmäßig stattfinden. Dabei kann auch die Rolle der Stadt sein, die Einwohner*innen in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen.

Städtische Betriebe unter Bürger*innenkontrolle

Potsdams städtische Unternehmen sind heute fast alle als GmbH in privater Rechtsform organisiert. Es gilt damit das GmbH- und Aktiengesetz der privaten Wirtschaft vor dem Demokratieverständnis einer öffentlichen, demokratisch kontrollierten Verwaltung.

Die Aufsichtsräte der Stadtwerke, der ProPotsdam und des Klinikums treffen sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In ihnen sitzen nur wenige Vertreter*innen der Stadtverordnetenversammlung, vornehmlich aus den großen Parteien — und diese sind auch noch zur Verschwiegenheit verpflichtet. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Stadtpolitik bleibt die Mehrheit der Stadtverordneten außen vor.

Zudem sind bei der EWP (Energie und Wasser) und bei der STEP (Müllentsorgung) private Mitgesellschafter im Aufsichtsrat. Ihnen geht es nicht um das Gemeinwohl, sondern um die Auszahlung einer Rendite. Im Gegenzug werden in Unternehmen wie dem Klinikum Löhne (weit) unter Tarif bezahlt. Der Haustarif liegt unter dem des öffentlichen Dienstes und zahlreiche Gruppenverträge unter dem Haustarif. Das muss sich ändern!

Langfristig streben wir eine Re-Kommunalisierung aller städtischen Betriebe und deren transparente Weiterführung in der Rechtsform von Eigenbetrieben an. Dazu muss das undurchsichtige Geflecht aus Tochter- und Enkelfirmen zügig abgewickelt und die Trennung von privatwirtschaftlichen Miteignern (z. B. in der EWP und STEP) vollzogen werden.

Wir wollen direkte Mitwirkung der Bevölkerung auch in den städtischen Betrieben. Bereits vor Jahren hat DIE aNDERE das Konzept „Städtische Betriebe unter Bürgerkontrolle“ vorgelegt, das eine neue Unternehmenskultur mit völliger Transparenz und umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadtgesellschaft ermöglicht.

WIR FORDERN

- Umweltverbände, Mietervereine, Initiativen etc. in die Kontrollgremien der kommunalen Unternehmen! Dies ist heute schon bei den städtischen GmbHs möglich und später auch im Eigenbetrieb.
- Vertretungen in Kontrollgremien: Nach unseren Vorstellungen sollen sich Kontrollgremien jeweils zu einem Drittel aus Stadtverordneten, Arbeitnehmervertreter*innen und Vereinen/Initiativen zusammensetzen.

- Geschäftsführung muss sich mit den Anliegen der Kund*innen auseinandersetzen: Viele Einwohner*innen und Kund*innen erhalten auf ihre Anregungen und Wünsche keine Antwort. Dies soll sich ändern: Durch die Sammlung von Unterschriften auf der Homepage der Unternehmen werden ihre Anliegen Chefsache: Die Leitung des Klinikums, der Stadtwerke oder der ProPotsdam muss sich mit den Vorschlägen auseinandersetzen. Wir denken derzeit an ein Quorum von wenigen Unterschriften, damit die Anfrage mit Nachdruck gilt.

- Bürger*innenentscheide zu zentralen Fragen der Unternehmenspolitik: Dies ist möglich, sobald die städtischen GmbHs in die öffentliche Rechtsform des Eigenbetriebes überführt sind. Bereits heute wird der Kommunale Immobilien Service (KIS) in einer solchen Rechtsform geführt. Hier haben anders als bei einer GmbH alle Stadtverordneten direkte Einsichtsmöglichkeiten in die Unterlagen des Unternehmens. Dabei beweist der KIS, dass ein Eigenbetrieb wirtschaftlich sinnvoll für kommunale Anliegen geführt werden kann.

- Partizipatives Sponsoring statt Geldvergabe hinter verschlossenen Türen: Wir wollen, dass Sie als Kund*innen mitbestimmen können, welche Vereine und Initiativen unterstützt werden. Bisher werden die Entscheidungen über die großen Beträge hinter verschlossenen Türen getroffen. Über kleine Beträge gibt es bereits heute einen öffentlichen Prozess. Wir wollen, dass Sie auch bei den großen Fragen mitentscheiden können. Wir wollen attraktive und bürgernahe Unternehmen für Potsdam.

Solange allerdings die Stadt Potsdam noch keine grundlegende Modernisierung und Demokratisierung ihrer städtischen Betriebe im Sinne unseres Konzeptes durchführt, hat der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter der Stadt Potsdam sehr große Handlungsspielräume. Er kann die Geschäftsführung direkt anweisen und damit die Unternehmenspolitik steuern. Der Oberbürgermeister kann z. B. unmittelbar Einfluss auf die Höhe der Mieten der ProPotsdam nehmen oder die Bezahlung des Pflegepersonals im Klinikum „Ernst-von-Bergmann“ und der Busfahrer*innen im Verkehrsbetrieb in Potsdam verbessern.

Der Oberbürgermeister kann die langfristige Rückabwicklung des Firmengeflechtes einleiten. Schon kurzfristig kann er neue Unternehmensziele für die städtischen Betriebe erarbeiten und dann die Umsetzung durch die Geschäftsführung anweisen. Deren Unternehmenspolitik darf nicht mehr vorrangig auf die Erhöhung der Unternehmensgewinne gerichtet sein. Im Mittelpunkt muss die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu akzeptablen Preisen stehen.

Bürger*innenservice statt Bevormundung

In der Stadtverwaltung muss ein grundsätzlich neues Rollenverständnis etabliert werden. Beschäftigte der Verwaltung sollen die Bürger*innen beraten und deren Entscheidungsfindung unterstützen, statt ihnen vorzugeben, was das Beste für sie ist. Ein Beispiel dafür ist die Terminvergabe im Bürgerservice. Vor einigen Jahren wurde als zusätzliche Serviceleistung angeboten, vorab einen Termin zu vereinbaren, um die Wartezeit zu reduzieren. Später wurde die vorherige Terminvereinbarung in vielen Verwaltungsbereichen zur Pflicht.

DIE aNDERE wendet sich gegen das Prinzip der fürsorglichen Bevormundung. Wir gehen davon aus, dass mündige Bürger*innen selbst entscheiden können, ob sie vorab einen Termin vereinbaren oder kurzfristig zu den Sprechzeiten gehen und warten wollen. Die Wartenummernautomaten müssen daher wieder in Betrieb genommen werden. Eine vorherige Terminvereinbarung darf nicht zur Voraussetzung für einen Besuch des Bürgerservice gemacht werden, sondern soll nur als zusätzlicher Service angeboten werden.

Wir verkaufen nichts!

Eine andere Stadt ist nötig!

Nicht uns, nicht Sie, nicht unsere Stadt!

DIE aNDERE

Soziales

Teilhabe, Integration und Gewaltfreiheit

In Potsdam leben tausende Menschen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unnötig dadurch erschwert wird, dass öffentliche Räume, Gebäude und Verkehrsmittel nicht barrierefrei zugänglich sind. Verwaltungsabläufe und Ämter sind häufig nicht auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf eingestellt — oder aber die Verwaltung organisiert ihre Arbeitsabläufe einfach entlang ihrer eigenen Interessen und bevormundet die Bürger*innen.

Die aNDERE setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben der Stadt ein. Wir sehen es als elementare Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft an, Zugangshindernisse abzubauen. In der Stadtverwaltung muss endlich eine Kultur des Ermöglichens durchgesetzt werden statt eine Abwehrhaltung gegenüber besonderen Anforderungen einzunehmen.

Die Einzelmaßnahmen des beschlossenen Teilhabeplanes müssen endlich zügig umgesetzt werden. Natürlich müssen die Mittel im Haushalt dafür eingestellt werden.

Ein Potsdamer Dauerthema sind bizarre Diskussionen über Kopfsteinpflaster und Straßenquerungen für Rollstuhlfahrer*innen. DIE aNDERE setzt sich für vernünftige Kompromisse zwischen Denkmalschutz und Mobilität ein. Wo diese nicht möglich sind, muss nach unserer Ansicht der Vorrang unbedingt dem Menschenrecht auf Teilhabe und Mobilität gebühren.

In Potsdam werden Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf oft entmündigt und in Betreuungssituationen gedrängt, die weder dem Wunsch noch den Möglichkeiten der Betroffenen entsprechen. Diese Tendenz ist bei der knauserigen Bewilligung von Mitteln des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen, bei der mehrjährigen Isolierung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften ohne Privatsphäre und bei der Versorgung von Senior*innen zu erkennen.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen die wirklich erforderlichen Mittel und Räume für eine selbstbestimmte Lebensführung erhalten. Wir fordern auskömmliche Persönliche Budgets, eine Auflösung von Flüchtlingsheimen und die stärkere Unterstützung selbstbestimmter Wohnformen auch im Alter.

In der Potsdamer Ausländerbehörde hat ein Neuanfang begonnen, den DIE aNDERE ausdrücklich unterstützt. Die Reduzierung schikanöser Verfahren und die Entbürokratisierung der Verwaltungsabläufe wirken sich positiv auf die Bearbeitungsfristen und die Wahrnehmung der Behörde aus. Exemplarisch dafür, dass die neue Behördenleitung Haltung zeigt, steht das Einreiseverbot für den rassistischen Aktivist Martin Sellner.

Gleichzeitig treten in der Einbürgerungsbehörde unzumutbar lange Wartezeiten und ein inakzeptabler Umgangsstil auf. DIE aNDERE wird hier auch weiter darauf drängen, dass der Antragsstau bei den Einbürgerungen durch mehr Personal und Einsparung überflüssiger bürokratischer Hürden bei der Passbeschaffung abgearbeitet und die Bearbeitungszeit auf sechs Monate reduziert wird.

Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Gewalt gegen Mädchen und Frauen gibt es in allen sozialen Milieus, sie betrifft alle Altersgruppen, sie findet im öffentlichen Raum genauso statt wie hinter verschlossenen Türen. Sie ist fest in unseren gesellschaftlichen Strukturen verankert. Sie ist Teil des Patriarchats. Sie geht einher mit struktureller Benachteiligung und Diskriminierung. Sie ist Ausdruck von Frauenfeindlichkeit und der Abwertung von Weiblichkeit. Sie hängt eng zusammen mit der Vorstellung davon, dass es nur zwei Geschlechter gibt, die bestimmte Eigenschaften sowie Machtpositionen haben.

In Potsdam erfasste das „Lagebild häusliche Gewalt“ der Polizei Brandenburg im Jahr 2022 548 Fälle. 548 Fälle, das macht statistisch gesehen jeden Tag 1,5 Fälle. Das sind nur die Fälle häuslicher Gewalt, die der Polizei gemeldet wurden. Nicht erfasst ist das sogenannte Dunkelfeld. Nicht erfasst ist Gewalt gegen Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Schule oder Universität und in vielen anderen Situationen als einer Partnerschaft bzw. Familie.

Und viele betroffene Frauen finden sich nicht in dem weiteren Hilfe- und Beratungssystem der Landeshauptstadt Potsdam (Frauenberatungsstelle, Frauenhaus, Opferberatungsstelle, Weißer Ring) wieder. Dieses macht deutlich, dass die Strukturen des Hilfsangebotes sowie der Interventionsketten in Potsdam nicht ausreichend sind und verbessert bzw. verändert werden müssen.

2021 hat DIE aNDERE einen Antrag für eine Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking in die SVV eingebracht. Diese Koordinierungsstelle soll dazu beitragen, die Istanbul-Konvention in Potsdam umzusetzen. Die Istanbul-Konvention des Europarats ist das internationale Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Sie definiert Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Menschenrechtsverletzung und als Zeichen der Ungleichstellung von Frauen und Männern. Seit Februar 2018 ist die Konvention in Deutschland geltendes Recht und gibt starke Impulse für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf allen staatlichen Ebenen. Die Konvention stellt klar, was innerstaatlich umgesetzt werden muss. Eine wichtige Rolle sollen dabei Koordinierungsstellen einnehmen.

Die Koordinierungsstelle soll präventive Maßnahmen erarbeiten und die Möglichkeiten einer frühen Intervention im Einzelfall stärken. Potentiale dafür sehen wir vor allem in den Bereichen Arbeit, Migration und Wohnen. So könnten z. B. die Wohnungssicherung oder das Wohnungsamt bei Fällen des Auszugs eines Partners präventiv Kontakt aufnehmen oder Migrationsberatungsstellen eine Vermittlung vornehmen, wenn es Anzeichen für eine gefährdende Situation gibt. Die Polizei kann sich im besten Fall an die Koordinierungsstelle wenden.

Durch die Kooperation einer Koordinierungsstelle mit dem Autonomen Frauenzentrum, der Opferhilfe, den Migrationsberatungsstellen, dem ASD des Jugendamtes, dem Bereich Wohnen, der Polizei, den Rechtsbeiständen und anderen Institutionen können Synergieeffekte erreicht und die Wirksamkeit von Maßnahmen gesteigert werden. Der Zugang zum Hilfesystem wird für schutz- und unterstützungssuchende Personen einfacher und der fachliche Austausch zwischen den einzelnen Akteurinnen kann intensiviert werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Koordinierungsstelle in Potsdam eingerichtet wird.



Wählergruppe DIE aNDERE
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1
14467 Potsdam

Die aNDERE Redaktion im April 2024
Gestaltung: Marcus Große

[die-andere.org](https://www.die-andere.org)

kontakt@die-andere.org

Folgen Sie uns im Netz:



Eine
andere Stadt
ist nötig!



**Sozial.
Ökologisch.
Progressiv.**

**Seit 31 Jahren Opposition im Rathaus:
aNDERE Politik für ein solidarisches,
weltoffenes und lebendiges
Potsdam.**

